

3752/J XXI.GP

Eingelangt am: 17.04.2002

ANFRAGE

der Abgeordneten Binder
und GenossInnen
an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie
betreffend Feuerwehren und Tunnelsicherheit

Als ein Teil des Ausbaus der Westbahn konnte im August 2001, nach fünfjähriger Bauphase, die viergleisige Westbahnstrecke zwischen St. Valentin und St. Peter eröffnet werden. Herzstück des Projektes ist der 6,48 Kilometer lange Siebergtunnel zwischen St. Valentin und Haag, durch den sich die neue Strecke gegenüber den bestehenden Gleisen um mehr als zwei Kilometer verkürzt.

Der Ausbau der Westbahn zu einer Hochleistungsstrecke bringt nicht nur direkte Vorteile für den Personen- und Güterverkehr. Eine Verlagerung des Schwerverkehrs von der Straße auf der Schiene bedeutet auch eine Erhöhung der Verkehrssicherheit, vor allem auf der Westautobahn, und eine Reduktion der Umweltbelastung.

Der Ausbau der Westbahn gehört demzufolge zu den vordringlichsten Zielen der österreichischen Verkehrspolitik. Nachdem die Bauarbeiten erfolgreich abgeschlossen waren und die Strecke am 31. August 2001 eröffnet wurde, kam es dennoch zu Verzögerungen bei der Inbetriebnahme des Tunnels. Grund für die verzögerte Inbetriebnahme war die unklare Rechtslage der betroffenen Feuerwehr, die für die Sicherungs- und Rettungsarbeit im Tunnel zuständig ist.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie folgende

Anfrage:

1. Wie sieht der Zeitplan für die weitere Inbetriebnahme der viergleisigen Westbahnstrecke zwischen St. Valentin und St. Peter, inklusive Siebergtunnel, aus (Personenverkehr, Güterverkehr, Nahverkehr)?
2. Welche Maßnahmen sind von Seiten Ihres Ministeriums getroffen worden, damit die Probleme bei der Betriebsbewilligung für den Siebergtunnel beseitigt werden konnten?

3. Welche weiteren Konsequenzen haben Sie aus der verzögerten Inbetriebnahme des Siebergtunnels gezogen?
4. Was werden Sie bei ähnlichen Projekten unternehmen, so dass es in Zukunft zu keinen weiteren Verzögerungen wie beim Siebergtunnel kommen kann?

5. Angelegenheiten der Feuerwehr sind in Österreich Landessache. Worin sehen Sie die Sinnhaftigkeit, dass in Österreich neun verschiedene Feuerwehrgesetze gelten?
6. Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass bundeseinheitliche Regelungen für Feuerwehren in Österreich - und damit auch einheitliche Sicherheitsstandards für die österreichischen Tunnels - herbeigeführt werden können?
7. Welche weiteren Maßnahmen planen Sie, damit die Feuerwehren in Österreich bei ihrer wichtigen Arbeit in Sachen Tunnelsicherheit unterstützt werden?